

Malta, Türkei, Zypern

HEINZ-JÜRGEN AXT

Am 6.3.1995 hat der Rat der Europäischen Union im Rahmen der Vorbereitung der Tagung des Assoziationsrates EG-Türkei beschlossen, die Zollunion mit der Türkei zum 1.1.1996 zu vollenden und sechs Monate nach der Regierungskonferenz 1996 zur Revision des Maastrichter Vertrages die Beitrittsverhandlungen mit Zypern aufzunehmen. Mit diesem Kompromiß, mit dem Griechenlands bisheriges Veto gegen die Zollunion überwunden werden konnte, lassen sich folgende Intentionen in Verbindung bringen: Die Türkei soll ohne Beitrittsversprechungen an Europa gebunden werden. Zyperns Beitrittsperspektive soll konkretisiert werden, um die Bereitschaft der Konfliktpartner zu einer Beilegung der Zypernfrage zu stärken. Schließlich möchte die EU in dem Konflikt keine „Partei“ werden. Kaum ausgehandelt, ist der Kompromiß schon wieder in Frage gestellt: Griechenland hat wegen der Streitigkeiten mit der Türkei um die Ägäisinsel Imia/Kardak die Finanzzusage an die Türkei im Rahmen der Zollunion blockiert¹.

Türkei: Zollunion als Schritt nach Europa?

Wie im Assoziationsvertrag von 1963 und dem zusätzlichen Protokoll von 1973 vorgesehen, ist zum 1.1.1996 die Zollunion mit der Türkei vertraglich vereinbart worden. Die Interessen der EU hat der die EU-Präsidentschaft innehabende stellvertretende französische Minister für Europaangelegenheiten Alain Lamassoure in einer Erklärung vor dem Europäischen Parlament erläutert²: Die Zollunion mit der Türkei werde befürwortet wegen der vertraglichen Verpflichtungen, der geostrategischen Lage der Türkei, der festen Bindung des Landes an den Westen und des mäßigen Einflusses auf die unmittelbare Nachbarschaft. Die Lage der Menschenrechte befriedige keineswegs, doch werde zugestanden, daß die Türkei im Falle der Kurdenfrage nicht bloß mit Autonomieforderungen, sondern mit Terrorismus konfrontiert ist. Bezüglich Zypern werde der türkischen Seite zwar nicht die alleinige, aber doch die maßgebliche Verantwortung für den Stillstand der interkommunalen Verhandlungen gegeben.

Während der Sitzung des Assoziationsrates EU-Türkei am 6.3.1995 wurden folgende Vereinbarungen getroffen³: (1) freier Austausch von Waren und gemeinsame Handelsregelungen für industrielle und verarbeitete Agrarprodukte; (2) Zusammenarbeit in den Bereichen der industriellen Kooperation, der transeuropäischen Netze, der Zusammenarbeit bei Energie, Transport, Telekommunikation, Landwirtschaft, Umwelt, Wissenschaft, Statistik, juristischen Fragen, Verbraucherschutz, kultureller Zusammenarbeit und Kommunikation, politischer Dialog auf verschiedenen Ebenen; (3) Wiederaufnahme der finanziellen Zusammenarbeit. Zugesagt

wurden Budgethilfen in Höhe von 175 Mio. ECU auf 5 Jahre, Zugang zu EIB-Krediten im Rahmen der neuen Mittelmeerpolitik der EU (1992-96) für Infrastrukturprojekte in Höhe von 300-400 Mio. ECU, zusätzliche EIB-Kredite ab 1996 für 5 Jahre, um die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken, und die Teilhabe an Finanzierungsmöglichkeiten, die die EU den Mittelmeerländern ab 1996 zur Verfügung stellt.

Auch wenn das türkische Parlament am 21.2.1995 noch bekräftigt hatte, daß die Beziehungen der Türkei zur EU nicht auf die Zollunion beschränkt bleiben dürften, sondern in die Mitgliedschaft einmünden müßten⁴, so findet sich im Beschluß des Assoziationsrates keine entsprechende Festlegung. Die Zollunion wurde von allen Parteien in der Türkei - bis auf die Islamisten und die Nationalisten - begrüßt⁵. Daß bei den Europäischen Räten von Cannes im Juni 1995 und Madrid im Dezember 1995 zwar die Regierungschefs der osteuropäischen Beitrittskandidaten sowie Zyperns und Maltas, nicht aber der Türkei als Beobachter vertreten waren, ist in der Türkei auf heftige Kritik gestoßen. Der griechische Ministerpräsident hatte ein Veto gegen eine türkische Teilnahme eingelegt⁶.

Mit Spannung wurde die Abstimmung des Europäischen Parlaments im Dezember erwartet, hatten sich doch viele Abgeordnete wegen der demokratischen Defizite und der Kurdenpolitik der Türkei gegen die Zollunion ausgesprochen. Die Abstimmung fiel dann aber doch recht eindeutig aus: 343 Parlamentarier waren für, 149 gegen die Zollunion, 36 Enthaltungen wurden gezählt. Die EVP-Fraktion stimmte geschlossen dafür, bei den Sozialdemokraten war es eine Mehrheit, die dieses Votum als Vertrauensvorschuß für die Türkei verstanden wissen wollte. Die Grünen waren mehrheitlich gegen die Zollunion, unter den griechischen Abgeordneten fand sich niemand, der für die Zollunion plädierte⁷.

Zu Beginn des Jahres 1995 hatte sich die Türkei von ihrer tiefen Krise erholt, doch ist dieser Aufschwung weitgehend den Wahlgeschenken gegen Ende des Jahres zum Opfer gefallen⁸. Das Wachstum erreichte immerhin 7,1% (-6% 1994), die OECD-Prognose für 1995 kommt auf eine Inflation von 79% (125% 1994), die Staatsverschuldung erreichte 8,2% des BIP, und die Arbeitslosenquote lag bei 10,2%. Die Privatisierung ging nur schleppend voran, Widerstand kam vom Koalitionspartner der Republikanischen Volkspartei und den Gewerkschaften, vor allem aber wurden die Entstaatlichungsbemühungen durch die Praxis der Vergabe von Posten in öffentlichen Unternehmen an Politiker erschwert⁹.

Am 23.7.1995 wurden vom türkischen Parlament 17 Artikel der von den Militärs 1982 diktierten Verfassung geändert. Zwei Verfassungsartikel blieben jedoch unangetastet: Angehörige der Streitkräfte können auch weiterhin nicht für Rechtsbrüche während der Zeit der Militärjunta zur Verantwortung gezogen werden, und Verordnungen aus der Militärzeit können nicht durch Gerichte, sondern nur durch das Parlament außer Kraft gesetzt werden¹⁰. Der berüchtigte Art. 8 des Anti-Terror-Gesetzes, der „separatistische Propaganda“ mit langjährigen Haftstrafen belegt, und von dem fast 200 türkische Journalisten und Intellektuelle betroffen sind¹¹, ist mittlerweile entschärft worden. Die Höchststrafen wurden herabgesetzt, und zwei

von den insgesamt sechs Abgeordneten der prokurdischen Demokratie-Partei wurden aus der Haft entlassen. Die Abgeordneten waren nicht wegen bewiesener Taten, sondern wegen ihrer Meinungsäußerungen verhaftet worden¹².

Beim Kurdenproblem hat unverändert die militärische „Lösung“ den Vorrang. Die Regierung Ciller hat zwar angekündigt, die Entwicklung in den rückständigen Gebieten zu fördern, doch noch immer gibt es wenig Aussichten auf eine derartige politische Lösung des Problems. Als der Verein der türkischen Handelskammern (TOBB) im August 1995 eine Studie über die Lage in den südöstlichen Landesteilen veröffentlichte, die mit Kritik an der Kurdenpolitik nicht zurückhielt, distanzierte sich Ministerpräsidentin Ciller umgehend, obwohl der Anstoß zur Studie aus ihrer engsten Umgebung gekommen sein soll. An diesem Vorfall zeigte sich, daß Tansu Ciller weit weniger als ihr Vorgänger Özal in der Lage ist, in dieser Frage Widerstand auch in den eigenen Reihen zu brechen¹³.

Die Parlamentswahlen vom 24.12.1995 brachten zwei wichtige Ergebnisse: zum einen den Sieg der Islamisten unter Necmettin Erbakan und zum anderen so unklare Mehrheitsverhältnisse, daß der Keim für Neuwahlen bereits gelegt wurde. Die Wohlfahrtspartei (Refah Partisi) von Erbakan will an die Traditionen des Osmanischen Reiches und das Kalifat anknüpfen, will also die Politik der Religion unterordnen. Die Abkehr von Europa soll vollzogen und die Zollunion mit der EU gekündigt werden. Der Austritt aus der NATO wird ebenso gefordert. Das kemalistische Staatsmodell der Türkei wird aufgegeben. Im einzelnen ergab sich folgendes Ergebnis: Wohlfahrtspartei 21,4% und 158 Sitze, Mutterlandspartei (ANAP) unter Führung von Mesut Yilmaz 19,7% und 132 Sitze, Partei des rechten Weges (DYP) der ehemaligen Ministerpräsidentin Tansu Ciller 19,2% und 135 Sitze, Demokratische Partei der Linken (DSP) 14,6% und 76 Sitze, Republikanische Volkspartei (CHP) 10,7% und 49 Sitze, Nationalistische Bewegungspartei (MHP) 8,2% und Partei der Demokratie des Volkes (HADEP) 4,2%. Die beiden letztgenannten Parteien sind nicht im Parlament vertreten¹⁴. Die unmittelbar nach den Wahlen angekündigte Koalition zwischen den beiden bürgerlichen Parteien DYP und ANAP kam erst Anfang März 1996 zustande. Sie zerbrach jedoch wegen interner Streitigkeiten bereits Ende Mai, um schließlich einem Regierungsbündnis Platz zu machen, das von der Wohlfahrtspartei angeführt und von der Partei des rechten Weges unterstützt wird. Necmettin Erbakan wurde am 8.7.1996 der neue Ministerpräsident der Türkei.

Zypern: EU-Beitritt auch ohne Lösung des Volksgruppenkonflikts?

Der von der Republik Zypern am 3.7.1990 gestellte Beitrittsantrag zur EU ist von dieser durch die Stellungnahme der Europäischen Kommission vom 30.6.1993 grundsätzlich positiv beschieden worden¹⁵. Die EU hat mittlerweile auch ihre Position aufgegeben, daß der Zypern-Konflikt vor dem Beitritt gelöst sein müsse. Der Assoziierungsrat EU-Zypern hat auf Druck Athens und Nikosias am 12.6.1995 präzisiert, daß zwischen der Zollunion mit der Türkei und dem Beitritt Zyperns

kein Junktim besteht, und daß beim strukturierten Dialog die Republik Zypern der alleinige Verhandlungspartner ist. Eine ursprünglich im Entscheid des Assoziierungsrats enthaltene Formulierung, wonach der anvisierte Beitritt einen Bundesstaat Zypern betreffe, wurde fallengelassen, weil Athen und Nikosia darin die Lösung des Zypernproblems als Voraussetzung für einen Beitritt ausgemacht hatten¹⁶. Bei der Troika-Reise hoher Beamter am 19.5.1995 hat die EU klargemacht, daß sie von einem Beitritt Gesamtzyperns ausgehe, und daß sie die Türken-Zyprer in die Beitrittsverhandlungen einbeziehen möchte.

Der Europäische Rat von Cannes (26./27.6.1995) hat bekräftigt, daß die Beitrittsverhandlungen mit Zypern und Malta „sechs Monate nach Abschluß der Regierungskonferenz 1996 unter Berücksichtigung von deren Ergebnissen beginnen müssen“¹⁷. Ein besonderes Anliegen des Europäischen Parlaments war es in diesem Zusammenhang klarzustellen, daß es kein Junktim zwischen der Zollunion mit der Türkei und dem Beitritt Zyperns zur EU geben dürfe, daß also die Türkei nicht in die Lage einer Vetomacht versetzt werden solle. Das Parlament hat deshalb am 12.7.1995 in einer EntschlieÙung betont, daß der Beitritt Zyperns zur EU ein „unabhängiger ProzeÙ“ sei. Zugleich wurde die Kommission aufgefordert, den Dialog mit der türkisch-zyprischen Volksgruppe fortzusetzen und die „demokratischen Kräfte“ im Nordteil der Insel weiter zu informieren¹⁸.

Am 12.6.1995 hat der Rat die Aufnahme des strukturierten Dialogs mit Zypern beschlossen, um den Beitritt des Landes zur EU zu erleichtern. Am 17. Juli wurden die Einzelheiten festgelegt¹⁹. Der zwischen Zypern und der EU bereits bestehende politische Dialog soll ausgedehnt werden auf halbjährliche Treffen der Politischen Direktoren, Expertentreffen, die Beteiligung Zyperns an EU-Erklärungen und gemeinsamen Aktionen, die Kooperation in internationalen Organisationen, die Ernennung eines zyprischen Europa-Korrespondenten und auf regelmäßige Kontakte der Botschaften in Drittländern. Die Bemühungen, der zyprisch-türkischen Volksgemeinschaft die Vorteile einer EU-Mitgliedschaft zu erläutern, werden verstärkt. Der von der EU ernannte Zypern-Beobachter mußte dem Rat am 13.6.1995 berichten, „daß wegen des fehlenden politischen Willens auf seiten der türkischen Zyprer keine vertrauensbildenden Maßnahmen beschlossen werden konnten“²⁰. Diese Maßnahmen waren vom Generalsekretär der Vereinten Nationen zur Verbesserung der Beziehungen zwischen beiden Volksgruppen vorgeschlagen worden. Am 9.10.1995 stimmte das Europäische Parlament einstimmig dem von der Kommission am 29.3.1994 verabschiedeten Vierten Finanzprotokoll zugunsten Zyperns in Höhe von 74 Mio. ECU zu²¹.

Malta: Fortschritte bei der Umsetzung des Reformprogramms

Malta stellte 1990 den Antrag auf EU-Mitgliedschaft. Der Rat bescheinigte Malta am 10.4.1995, das wirtschaftliche Reformprogramm des Landes habe Fortschritte gemacht und die Voraussetzungen zum Beitritt verbessert. Auf der anderen Seite bleiben viele Fragen bezüglich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik

noch offen, und ist Malta bei der Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres noch weit von den EU-Standards und -Praktiken entfernt. Bei der Erteilung von Visa und der Ratifizierung internationaler Konventionen besteht bei Malta noch großer Nachholbedarf²². Der am 12.6.1995 vereinbarte strukturierte Dialog soll die noch bestehenden Defizite abbauen. Premierminister Eddie Fenech Adami von der Nationalistischen Partei hat die Orientierung auf die EU-Mitgliedschaft genutzt, um den Prozeß der marktwirtschaftlichen Liberalisierung und der außenpolitischen Neuorientierung (Beendigung der engen Beziehungen mit Libyen) voranzutreiben²³. Die Labour Party ist noch immer auf Neutralität und Blockfreiheit festgelegt und meldet Opposition gegen die EU-Mitgliedschaft an²⁴. Statt dessen sollen „möglichst enge Beziehungen mit der EU“ angestrebt werden - eine insgesamt sehr vage bleibende Option²⁵.

Im Zentrum der innenpolitischen Auseinandersetzungen steht die Frage der EU-Mitgliedschaft, wobei die Labour Party die Souveränität und Unabhängigkeit hervorhebt, während die Nationalisten auf die ökonomische Entwicklung sowie die mit der EU-Mitgliedschaft gegebene Sicherheit in einem unruhigen Umfeld setzen. Die ökonomische Entwicklung kann mit einer Inflation von 3,7% (1995)²⁶, einem Wachstum von 7%, einem Haushaltsdefizit von 3,5% des BSP, einer öffentlichen Verschuldung von 30% des BSP und einer Arbeitslosigkeit von nur 3,5% durchaus als befriedigend betrachtet werden.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Agence Europe v. 5./6.2.1996, S. 3.
- 2 Vgl. Abdruck der Erklärung in: Agence Europe v. 28.2.1995, S.1-4.
- 3 Nachrichten aus der Türkei v. 13.3.1995, S. 2-5.
- 4 Vgl. Erklärung der Türkischen Großen Nationalversammlung zur Zollunion, in: Nachrichten aus der Türkei v. 6.3.1995, S. 1f.
- 5 Neue Zürcher Zeitung v. 8.3.1995, S. 2; Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 8.3.1995, S. 7.
- 6 Frankfurter Rundschau v. 29.6.1995, S. 3.
- 7 Vgl. FAZ v. 14.12.1995, S. 2.
- 8 Süddeutsche Zeitung v. 17.7.1995, S. 10; Financial Times v. 13.1.1996, S. 24; Ergün, Ismet: Zur Wirtschaftslage der Türkei, in: Südosteuropa-Mitteilungen 4 (1995), S. 360-366.
- 9 Vgl. NZZ v. 16.1.1996, S. 9; Financial Times v. 13.1.1996, S. 24; FR v. 2.12.1995, S. 15.
- 10 Süddeutsche Zeitung v. 25.7.1995, S. 4; Briefing, 7.8.1995., S. 11; Rumpf, Christian: Die Verfassungsänderungen in der Türkei, Stiftung Wissenschaft und Politik, Ebenhausen 1995.
- 11 Handelsblatt v. 8.8.1995, S. 7; FR v. 18.9.1995, S. 7.
- 12 Vgl. NZZ v. 29.10.1995, S. 4.
- 13 Vgl. FAZ v. 11.8.1995, S. 4 und FAZ v. 28.8.1995, S. 10.
- 14 Vgl. Kramer, Heinz: Die türkischen Wahlen vom 24. Dezember 1995: Bestätigung der politischen Kräfteverhältnisse bei unveränderter Instabilität der Lage, in: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.): KAS-Auslandsinformationen 2 (1996).
- 15 Der Verfasser hat in seinem Beitrag im Jahrbuch der Europäischen Integration 1994/95 ausführlich die grundsätzlichen Probleme einer EU-Mitgliedschaft Zyperns dargelegt, so daß hier lediglich neuere Entwicklungen dargestellt werden.
- 16 NZZ v. 14.6.1995, S. 2.
- 17 Bulletin der EU 6 (1995), S. 14.
- 18 ABl. der EG, C 249 v. 25.9.1995; Bulletin der EU 7/8 (1995), S. 94.
- 19 Vorgesehen sind jährliche Treffen der Staats- und Regierungschefs, halbjährliche Treffen der Außen-, Justiz- und Innenminister, periodische Tagungen auf Ministerebene über

- sektorale Themen, Tagungen mit dem Ausschuß der Ständigen Vertreter sowie dem für Justiz und Inneres zuständigen K.4-Ausschuß, Treffen hoher Beamter, eine Beteiligung Zyperns an Erklärungen der EU und an der Durchführung gemeinsamer Aktionen. Bulletin der EU 7/8 (1995), S. 95.
- 20 Bulletin der EU 6 (1995), S. 107.
- 21 Bulletin der EU 3 (1994), S. 83; 4 (1995), S. 73.
- 22 Bulletin der EU 4 (1995), S. 74; Agence Europe v. 12.4.1995, S. 6.
- 23 Allerdings hat das ölreiche Libyen große Summen in Joint-ventures auf Malta investiert, und betreiben beide Länder noch immer eine gemeinsame Radiostation, die „Stimme des Mittelmeers“.
- 24 Von Labour hat sich die „Demokratische Alternative“ abgespalten. Ob sie sich zur dritten Partei entwickelt, muß offen bleiben.
- 25 Financial Times v. 22.9.1995, S. 3.
- 26 Vgl. Agence Europe v. 28.6.1995, S. 7; Agence Europe v. 10.2.1996, S. 2.

Weiterführende Literatur:

- Axt, Heinz-Jürgen: Zypern - ein Beitrittskandidat der Europäischen Union. Implikationen für die Insel, die Region und die Union, in: Südosteuropa 5 (1995), S. 259-279.
- Axt, Heinz-Jürgen: Die Konfliktriade im östlichen Mittelmeer. Die Türkei, Griechenland und Zypern, in: Internationale Politik, 1 (1996), S. 33-38.
- Brey, Hansjörg: A solution to the Cyprus question. Options and obstacles, in: RFE/RFL Research Report 28 (1994), S. 18-25.
- Brown, Bess, Elizabeth Fuller: Die Türkei und die muslimischen Republiken der ehemaligen Sowjetunion, Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin 1994.
- Franz, Erhard: Verfassungskosmetik. Kurdenfrage und Islamismus oder: wie demokratisch ist die Türkei?, in: Deutsches Übersee-Institut (Hrsg.): Jahrbuch Dritte Welt 1995, München 1996, S. 177-192.
- Redmond, John: Cyprus and Malta: Still the Mediterranean Orphans?, in: Ders. (Hrsg.): Prospective Europeans. New Members for the European Union, New York u.a. 1994, S. 133-147.